Feuer des Verderbens, Feuer der Hoffnung

Vereinte Nationen, IAEA und die umstrittene Rolle der Kernenergie in der Weltenergieversorgung

HAGEN BEINHAUER

KERNKRAFT, JA BITTE

Welch denkwürdiger, hierzulande noch kaum registrierter Gegensatz: In den wohlstandsgesättigten Industrieländern eine wachsende Mehrheit, die das Höllenfeuer Kernenergie früher oder später gelöscht sehen will, in der Dritten Welt hingegen eine nahezu geschlossene Verehrung der Kernenergie als Feuer der Hoffnung. Und dabei befinden sich die Entwicklungsländer im Einklang mit den Vereinten Nationen und der zu ihnen gehörenden Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA)[1]. Weder die nukleare Katastrophe von Tschernobyl (Černobyl´ nach neuerer Umschriftung) noch das brasilianische Drama mit der Cäsium-Bombe hat diese positive Haltung ändern können, auch nicht der Entsorgungsskandal um die Hanauer Nuklearbetriebe und das belgische kerntechnische Zentrum in Mol, obschon diese Affäre ein bislang wenig beachtetes Risiko der Kernenergie ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit rückte: das Risiko der ungelösten Entsorgung der 417 Kernkraftwerke, die in aller Welt ihre Arbeit tun. Inzwischen hat der Skandal, und das wiegt noch schwerer, die alten Zweifel an der Wirksamkeit des internationalen Kontrollsystems gegen den militärischen Mißbrauch der Kerntechnik erneut bekräftigt.

Nach all diesen Ereignissen, diesen schmerzlichen neuen Erfahrungen, macht es in der Tat staunen, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 1986 — also nur wenige Monate nach dem bisher größten Desaster in der friedlichen Kernkraftnutzung vom 26. April des gleichen Jahres — der IAEA uneingeschränkt ihr Vertrauen aussprach, einer Organisation, die immerhin Mitverantwortung übernommen hat nicht nur für die Sicherheit gegen den militärischen Mißbrauch der Kerntechnik, sondern auch für die Betriebssicherheit kerntechnischer Anlagen. Und staunen macht auch die Tatsache, daß die Generalversammlung ausdrücklich hervorhob,

»daß die Entwicklungsländer einen besonderen Bedarf an technischer Unterstützung durch die Organisation haben, damit sie aus der Anwendung der Atomtechnik für friedliche Zwecke sowie aus dem Beitrag der Kernenergie für ihre wirtschaftliche Entwicklung wirklichen Nutzen ziehen können«.[2]

Das wurde zu einer Zeit festgestellt, als die internationale Kritik, als die Vorwürfe an die Sowjetunion noch nicht verhallt waren — Vorwürfe, die immerhin der Tatsache galten, daß die Sowjetunion mit dem Typ von Tschernobyl ein Kernkraftwerk baute, dem im Westen aus Gründen der Sicherheit die Baugenehmigung versagt worden wäre. Wenn dieser schwer zu steuernde Kernkraftwerkstyp dennoch gebaut wurde, so unter anderem auch deshalb, weil die Industrie der Sowjetunion beim Bau ihres zweiten Kernkraftwerkstyps, des Druckwasser-Reaktors, auf Zulieferung hochwertiger Armaturen aus dem Westen angewiesen war, also selbst die industrialisierte Sowjetunion den von der Kerntechnik geforderten Reifegrad offenbar noch nicht hat. Dennoch betonte die Generalversammlung im Herbst 1986 die Bedürfnisse der Entwicklungsländer nach Nutzung der Kernenergie. Sie bekräftigte damit noch einmal die der Internationalen Atomenergie-Organisation bei ihrer Gründung gestellte Aufgabe, »in der ganzen Welt den Beitrag der Atomenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand zu beschleunigen und zu steigern«. Noch ein Jahr zuvor, im Spätsommer 1985 in Genf auf der dritten Überprüfungskonferenz des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, führten vor allem die Schwellenländer bittere Klage darüber, »daß der in dem Vertrag vorgesehene nukleare Technologietransfer keineswegs in dem beschworenen positiven Geist erfolge«.[3] Sie mahnten also damals die Hilfe zum Aufbau ihrer eigenen Kernenergieprogramme an. Und der Wille dazu besteht auch nach der Katastrophe von Tschernobyl[4] und dem brasilianischen Drama ungebrochen fort. Die Resolution der Vereinten Nationen ist da nur ein Beleg unter vielen. Da gilt es zunächst einmal festzuhalten, daß kein Entwicklungsland wegen der ernüchternden Erfahrungen mit der Kernenergie in letzter Zeit seine Mitgliedschaft in der IAEA aufgekündigt hat (eine Mitgliedschaft, die nicht automatisch an die Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen gekoppelt ist). Von 113 Mitgliedsländern der Organisation gehören immerhin fast zwei Drittel der Dritten Welt an. Und hinter ihrer Mitgliedschaft steht in der Regel mehr als ein bloßes Zuhören und Beobachten dessen, was sich auf dem kernenergiepolitischen und kernenergietechnischen Feld tut. Denn viele Länder der Dritten Welt nehmen die recht umfangreichen Hilfen der IAEA in Anspruch: Ausbildungsstipendien, kerntechnische Ausrüstungen, Laboreinrichtungen und nukleares Material in einem Umfang, der nur die Ernsthaftigkeit dieser Staaten unterstreicht, die notwendigen Voraussetzungen zur Nutzung der Kernenergie im eigenen Land zu schaffen. Es sind dies Länder wie Ägypten, Bangladesch, Birma, Chile, Ecuador, Ghana, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Kolumbien, Korea (Republik), Kuba, Madagaskar, Malaysia, Marokko, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Peru, Philippinen, Sri Lanka, Thailand, Türkei und seit neuestem auch China. Es sind Staaten, die vom fortgeschrittenen Schwellenland bis hinunter in die Gruppe der Ärmsten, der bislang am wenigsten entwickelten Länder reichen: vom armen Bangladesch bis Südkorea. Die beiden asiatischen Schwellenländer Südkorea und Taiwan stehen mit einem Atomstromanteil von mehr als 40vH hinter Frankreich, Belgien und Schweden an der Spitze der die Kernkraft nutzenden Staaten. Dazwischen liegen Länder wie Kuba, Indien oder Indonesien.

Kuba nahm erst im Oktober 1987 ein von der IAEA teilweise eingerichtetes Ausbildungszentrum in Betrieb, in dem die Kerntechniker für jene acht Kernkraftwerke geschult werden sollen, die bis zur Jahrhundertwende auf der Insel — im Vorhof der Vereinigten Staaten — stehen sollen. Zwei von diesen Kernkraftwerken, übrigens Druckwasser-Reaktoren sowjetischer Bauart, sind bereits begonnen. Indonesien hat vor kurzem seinen dritten Kernreaktor, eine 30-MW-Universalforschungsanlage, in Betrieb genommen. Indien, das 1986 erst 2,7vH seines Stroms

---

Autoren dieser Ausgabe

Hagen Beinhauer, Dipl.-Ing., geb. 1940, Wissenschaftsjournalist und Autor wissenschaftlich-technischer Sachbücher (darunter: ›Fahrplan in die Zukunft‹), ist Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk in Köln.

Dr. Rudolf Geiger, geb. 1937, außerplanmäßiger Professor für Völkerrecht und Europarecht an der Universität München, ist Richter am Oberlandesgericht München.

Peter Schier, M.A., geb. 1950, ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg mit den Forschungsschwerpunkten Innenpolitik der Volksrepublik China und Kambodscha-Konflikt.

Dr. Oskar Weggel, geb. 1935, ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg mit den Forschungsschwerpunkten China und Indochina.

Dr. Volker Weyel, geb. 1944, ist Chefredakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN.

in Kernkraftwerken erzeugte und wegen der Zündung einer Atombombe von kerntechnischer Hilfe aus dem Westen abgeschnitten wurde, hat zur Zeit acht Kernkraftwerke im Bau. Und mit Macht treibt es die Entwicklung eines Schnellen Brüters voran. Anders also als in den Industrienationen, wo der Ausstieg aus der Kernenergie gepredigt wird, proben zahlreiche Entwicklungsländer den Einstieg in die Nutzung der Kernkraft, in eine Technik, die zu beherrschen nicht einmal den Industrieländern so recht gelingen will, wie es Three-Mile-Island und Tschernobyl lehren.

AUSSTIEG DER REICHEN, EINSTIEG DER ARMEN

Was nun sind die Gründe für eine so gegensätzliche und teilweise widersprüchliche Haltung der Kernkraft gegenüber? Ausstiegssehnsucht in den aufgeklärten Industriegesellschaften; gleichzeitig läßt sich ein vielleicht moderaterer, aber doch noch immer ungebrochener Drang vieler Entwicklungsländer zur Kernenergie konstatieren. Oder die Regierungsbeschlüsse von Brasilien bis Italien, den Ausbau der Kernenergie zu verlangsamen oder ihn gar abzubrechen, um aber dann in der Generalversammlung der Vereinten Nationen der Arbeit des größten Eiferers für die Kernenergie Lob zu zollen — dem Programm der IAEA, deren Generaldirektor zuvor erklärte, daß es für die Menschheit keine Möglichkeit mehr gebe zur Abkehr von der Kernenergie und dazu auch keine Notwendigkeit bestehe, da »das Desaster von Bhopal mit den mehr als 2 000 Toten ja auch nicht die chemische Industrie gestoppt (habe)«, so wenig wie die Challenger-Katastrophe die Weltraumfahrt aufhalten oder gar beenden werde.[5]

Ist es vielleicht das besondere Verhältnis der Vereinten Nationen zur Internationalen Atomenergie-Organisation, das diese unkritische Gefolgschaft erklärt? Immerhin ist die in Wien ansässige Organisation ein Kind der Vereinten Nationen, das 1957 in eine nach Frieden und Wohlstand dürstende Welt geboren wurde, und dies in der großen Hoffnung, daß die friedliche Nutzung der Kernkraft das endgültig beseitigt, was der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker in Frieden und Freiheit immer wieder im Weg stand: der Mangel an Energie. Bei all den Hymnen, die auf die Kernenergie als Glücksbringer der Menschheit Mitte der fünfziger und noch in den sechziger Jahren angestimmt wurden, mag es heute vielleicht schwerfallen zu bekennen, wie sehr man sich damals täuschte, wie sehr man damals der Euphorie verfiel.

Oder wird da auf der Weltbühne der Vereinten Nationen seitens der Staatenvertreter gar ein freundliches Gesicht zu einem bösen Geschäft gemacht, um Kernkraftwerke, die im eigenen Lande nicht mehr erwünscht sind, wenigstens noch exportieren zu können, um so doch noch eine Rendite zu erhalten auf die vielen Milliarden, die bislang an Investitionen in die Kernenergie flossen?

Was ist es wirklich, das die Kernenergie für viele Länder der Dritten Welt noch immer so begehrenswert macht, wenngleich der Traum von der ganz billigen Energie längst ausgeträumt ist, wie das Beispiel Brasiliens lehrt (das unter anderem auch mit seinem ehrgeizigen Kernenergieprogramm einen kaum mehr zu bewältigenden Schuldenberg aufgetürmt hat)? Und brachte Tschernobyl nicht auch den Entwicklungsländern die Erkenntnis, daß das Risiko der Nutzung bei ihnen eher noch größer als kleiner ist? Oder ist es letztlich nur die Hoffnung der Dritten Welt, über den Pfad der friedlichen Nutzung schnell zu eigenen Atomwaffen zu gelangen, zu nuklearen Sprengkörpern — nicht etwa um damit anzugreifen, sondern um sich gegen seine Widersacher und Feinde unangreifbar zu machen? Immerhin ist auffällig, welche Länder es sind, die einen besonderen Ehrgeiz beim Aufbau einer eigenständigen kerntechnischen Infrastruktur entwickelt haben und sich gleichzeitig gegen einen Beitritt zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sperren. Es sind Länder in Konflikt-, in Krisengebieten, Länder, die miteinander um die Vorherrschaft in ihrer Region rivalisieren: Indien und Pakistan, Iran und Irak, Irak und Israel, Brasilien und Argentinien (zwei Länder, von denen es einst hieß, daß sie mit der Kernkraft die Vorherrschaft in Lateinamerika entscheiden wollten, die aber heute bei der Kerntechnik zur Kooperation zusammengefunden haben).

Oder erklärt vielleicht die tiefe Technikgläubigkeit der Technokraten, zu denen wohl auch und gerade die Führungselite in den Ländern der Dritten Welt zu zählen ist, warum in den Vereinten Nationen oder bei der Mehrheit der Schwellen- und Entwicklungsländer die Fahne der Kernenergie noch nicht eingeholt wurde? Ist es der inzwischen in den westlichen Industrieländern verblassende Glaube, mit mehr Technik auch mehr Wohlstand zu schaffen, so wie ihn die Führungsschicht bei ihrer akademischen Ausbildung in der industrialisierten Welt in den sechziger Jahren noch lernte und mit nach Hause nahm? Oder ist es jenes Gefühl der Minderwertigkeit, das einen jeden Rückkehrer in die Dritte Welt befällt, welches die Führungskräfte danach trachten läßt, diese Minderwertigkeit mit einer der fortschrittlichsten Techniken, der Kernkraft eben, zu kompensieren?

Immerhin betreiben heute schon zehn Staaten der Dritten Welt eigene Kernkraftwerke. Und ihre Zahl wird sich bis zum Jahr 2000 verdoppeln. So jedenfalls sagt es die IAEA voraus, und sie wird es wissen, da sie die Hilfen hierzu gibt. Eine Erklärung für diese Entwicklung, die für viele im Zeichen der schmerzvollen Erfahrungen gerade widersinnig erscheint, gab Ende August 1986 anläßlich der Berichterstattung über Ursachen und Verlauf der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl vor der Internationalen Atomenergie-Organisation der damalige Leiter der sowjetischen Delegation. Sinngemäß führte er damals vor der internationalen Presse aus, daß sein Land trotz Tschernobyl das ehrgeizige Kernenergieprogramm beibehalten werde, obgleich die Sowjetunion zu den wenigen glücklichen Ländern auf diesem Planeten gehöre, die die Natur überreichlich mit fossilen Brennstoffen ausgestattet habe. Die Sowjetunion verfüge über die Hälfte der Weltkohlereserven, belege Rang eins bei der Erdöl- und Erdgasförderung und sei zudem noch weit von einer Ausschöpfung ihrer Wasserkraftreserven entfernt. Wenn dennoch trotz Tschernobyl am geplanten weiteren Ausbau der Kernkraft entschlossen festgehalten werde, dann deshalb, weil 90vH der Energiereserven jenseits des Urals im asiatischen Teil der Sowjetunion lägen und die Kosten für Erschließung und Transport zu groß seien, um den gewaltigen Energiebedarf im europäischen Teil der Sowjetunion wirtschaftlich zu decken, wo 70vH der Bevölkerung des Landes lebten und sich die Industrie konzentriere.[6]

Befinden sich aber nicht ebenfalls viele Länder der Dritten Welt in einer ähnlichen Situation? Auch in China liegen die reichen Vorkommen an Energierohstoffen weit ab von den Siedlungszentren, für deren Energieversorgung die Chinesen nun verstärkt die Kernkraft einsetzen wollen; entsprechende Pläne bestehen, Verhandlungen über den Transfer von Technologie aus dem Westen laufen seit geraumer Zeit. Atomwaffenmacht ist China bereits seit 1964. Doch zur Elektrizitätserzeugung hat das bevölkerungsreichste Land der Erde die Kernkraft bislang nicht genutzt. Eine Zeitlang schien es so, als würde gar die chinesische kerntechnische Forschung und Entwicklung ein Opfer der Kulturrevolution. Sie aber überstand die Wirren, da ein Teil der damaligen Führungsschicht sich schützend vor die heimische Atomindustrie stellte. Nun soll sie die tragende Säule der Industrialisierung des Landes sein, da es an Transportwegen und an Transportmitteln mangelt, um eine landesweite wirtschaftliche Versorgung mit den billigeren festen Brennstoffen (wie der Kohle) sicherzustellen. Der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur zur Nutzung der fossilen Energiequellen würde die Energie in den Zentren des Bedarfs unbezahlbar machen, eine Energie, die viele Entwicklungsländer, anders als die Sowjetunion und China, nicht einmal im eigenen Lande haben, sondern auch noch auf dem Weltmarkt für teure Devisen kaufen müssen (zudem zu Preisen, die ihre finanziellen Möglichkeiten vielfach übersteigen). Wie das Anwachsen der Schuldenberge in der

Dritten Welt zeigt, waren denn auch die Entwicklungsländer die Hauptleidtragenden der Energieverteuerung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Wenn heute die Lage auf dem Weltenergiemarkt wieder entspannter ist, dann auch dank des beträchtlichen Ausbaus der Kernkraft in den vergangenen zehn Jahren. Immerhin erzeugen heute die Kernkraftwerke weltweit Energie im Gegenwert von 580 Mill Tonnen Kohle oder von 300 Mill Tonnen Öl; das ist etwa die doppelte Menge dessen, was derzeit als Überangebot an Mineralöl auf dem Weltmarkt ist und entsprechend auf die Energiepreise drückt.

Was aber wird werden, wenn die Energie sich auf dem Weltmarkt wieder verknappt? Keiner fürchtet eine solche Entwicklung mehr als die Dritte Welt. Eine Verknappung und ein Wiederanstieg der Energiepreise brächte ihr eine noch größere Abhängigkeit und würde die Chance auf eine etwas schnellere wirtschaftliche Entwicklung endgültig zunichte machen. Die Mehrheit der Entwicklungsländer gehört nämlich zu den Energie-Habenichtsen. Nicht einmal auf die Kohle könnten sie ausweichen, da 80vH der Weltreserven auf der nördlichen Halbkugel der Erde, also in der industrialisierten Welt, liegen. Und anderweitige Möglichkeiten der Bedarfsdeckung, etwa durch Feuerholz, engen sich immer weiter ein, weil es kaum mehr Feuerholz gibt und weil mit dem weiteren Verbrennen der Wüstenbildung Tür und Tor geöffnet wird. Wer 1981 an der Konferenz der Vereinten Nationen über neue und erneuerbare Energiequellen[7] in Nairobi teilnahm, dem wird jene Demonstration der Hoffnungslosigkeit nicht mehr aus dem Sinn gehen: die Menschen, die mit Bündeln von Feuerholz auf den Armen am 10. August 1981 durch Nairobis Straßen zogen. Sie taten es, um Afrikas wichtigste und zugleich gefährdetste Energiequelle ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit zu rücken: das Feuerholz, eine sich erneuernde Energiequelle, wie wir in den Industrieländern meinen, wie die es aber besser wissen, die immer längere Wege dafür zurücklegen müssen. Schon heute fällt dem Feuerholz weit mehr Wald zum Opfer, als Wald nachwächst. Selbst in den üppigen Tropenwaldregionen wird mit dem Baumeinschlag bereits der Erosion das Feld freigemacht. Steppe und Wüste dringen vor. Eine Umweltzerstörung gigantischen Ausmaßes nimmt immer schneller ihren Lauf. Denn was da zur Deckung des Energiebedarfs heute von zweieinhalb Milliarden, morgen aber schon von fünf Milliarden Menschen mit Wald, Baum und Strauch geschieht, wird das Weltklima verändern. Durch das Feuerholz ist die Funktion des Waldes schon längst ins Gegenteil verkehrt. Statt die Atmosphäre vom sauren Kohlenstoff zu reinigen, trägt das Feuerholz inzwischen kräftig zur Kohlendioxid-Anreicherung bei, deren Risiken für das Weltklima, für die Welternährungslage von Wissenschaftlern inzwischen hoch veranschlagt werden.

MANGEL, NICHT ÜBERFLUSS

Noch aber ist es weniger die Sorge um die Zerstörung der Umwelt, ist es vielmehr die alltägliche Erfahrung mit dem Mangel an Energie, die die politischen Führer der Dritten Welt in seltener Eintracht mit denen der großen Industrienationen zu dem Schluß gelangen läßt, daß die Kernenergie bei der Deckung des weiter wachsenden Energiebedarfs der Welt eine immer größere Rolle spielen wird. So deckt sich Michail Gorbatschows Feststellung nach der Katastrophe von Tschernobyl, daß die Zukunft der Weltwirtschaft ohne Entwicklung der Kernenergie undenkbar sei, mit der Erklärung der Regierungs- und Staatschefs der sieben führenden Industrienationen der westlichen Welt auf ihrem Gipfel in Tokyo nur wenige Stunden nach den dramatischen Ereignissen in der Ukraine, aber auch mit dem Ansatz der Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (UNCPICPUNE)[8] vom Frühjahr 1987. Im Vorfeld der Tagung war noch einmal die Position der Vereinten Nationen und der IAEA so zusammengefaßt worden:

»Wissenschaft und Technologie haben heute mit ihren modernen Erkenntnissen die Formen des menschlichen Lebens tiefgreifend und unwiederbringlich verändert. Indem sie zu Wandel und Innovation anregten und neuen, hoch-

DIE PERSÖNLICHE MEINUNG

Afghanistan: Nur eine Teillösung

Nach sechs langen Jahren hat Mitte dieses Monats UN-Untergeneralsekretär Diego Cordovez aus Ecuador seine zähen Vermittlungsbemühungen zum Erfolg führen können: Vertreter der afghanischen und der pakistanischen Regierung haben im Genfer Völkerbundpalast ein Zweiseitiges Abkommen unterzeichnet, als dessen Garantiemächte die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auftreten. Dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) wird im Zweiseitigen Abkommen eine zentrale Rolle bei der freiwilligen Rückführung der Flüchtlinge zugewiesen; der Generalsekretär der Weltorganisation wird, so die Durchführungsbestimmungen der Vereinbarung, einen Beauftragten mit dem Mandat, den Parteien seine Guten Dienste zur Verfügung zu stellen, berufen. Stellvertreter des UN-Beauftragten wird ein Offizier sein, dem zwei kleine Inspektionsgruppen unterstehen, die die Einhaltung der Regelung sicherstellen sollen. Rückt das Ende eines Konflikts, der seit fast einem Jahrzehnt vor allem vom Leiden des afghanischen Volkes, von der Belastung der Nachbarländer Pakistan und Iran, aber auch vom Schmerz nicht weniger sowjetischer Elternpaare über den Verlust ihrer Söhne geprägt war, denn jetzt nicht in greifbare Nähe? Kann die Konfliktbeilegung und die Vermittlung durch die Vereinten Nationen nicht sogar als Modell für die Lösung anderer Regionalkonflikte dienen?

Bei aller Bewunderung für die entsagungsvollen Bemühungen von Diego Cordovez, bei aller Hochachtung vor der Bereitschaft des KPdSU-Generalsekretärs Michail Gorbatschow, sich auch dieser Erblast aus der Zeit der innenpolitischen Erstarrung und der außenpolitischen Konfrontation zu entledigen — die Antwort auf diese beiden Fragen kann nicht so positiv ausfallen, wie es zu wünschen wäre. Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich, daß (fast auf den Tag zehn Jahre nach der ›Saur-Revolution‹) hier wohl nur eine Teillösung auf den Weg gebracht wurde, daß vorerst eine verstärkte ›Afghanisierung‹ der Auseinandersetzung zu erwarten steht, aber noch nicht die Wiederherstellung des Landfriedens. Die Mudschaheddin, die seit der völkerrechtswidrigen Intervention des Dezember 1979 die Waffen nicht niedergelegt haben, waren an den Verhandlungen nicht beteiligt; die Sowjetunion, vor Ort deren eigentlicher Kontrahent, ist zwar ebenfalls nicht Vertragspartei des Abkommens zwischen Kabul und Islamabad, tritt aber als dessen Garant auf. Die Rechnung wurde hier also ohne einen der Wirte gemacht. Anlaß zur Besorgnis gibt vor diesem Hintergrund die Tatsache, daß in Genf Verständigung über eine Regierung auf breiter Grundlage nicht erzielt wurde, derzeit vielleicht gar nicht erzielt werden kann. Es zeigt sich, daß eine von außen aufoktroyierte, nicht wirklich aus den Bedingungen eines Landes gereifte ›revolutionäre‹ Entwicklung nicht nur mißlingen, sondern sehr wohl gerade die Bestrebungen zu sozialer Umgestaltung, zur Stärkung der Rolle der Frau oder zur Laisierung der Gesellschaft nachhaltig zurückwerfen kann.

Die Sorgen zu artikulieren heißt nicht, daß sie sich allesamt bewahrheiten müssen. Die Sowjetregierung jedenfalls wird gerade in den nächsten Monaten immer wieder zu überprüfen haben, ob sie alles tut, nach Buchstaben und Geist das zu gewährleisten, was die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer mit der Rekordzahl von 123 Stimmen angenommenen Afghanistan-Resolution 42/15 am 10. November 1987 bekräftigt hat: »das Recht des afghanischen Volkes, seine Regierungsform selbst zu bestimmen und sein wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System ohne jede Intervention, Subversion, Nötigung oder Einschränkung von außen selbst zu wählen«. *Volker Weyel* □

Vollständige Fassung einer von der ›Neuen Zeit‹ angeforderten Stellungnahme vom 18. April, die unter der Überschrift ›Nach Genf‹ in Nr. 18/1988 der russischen Ausgabe dieser ›Moskauer Hefte für Politik‹ erschien.

spezialisierten Industrien zum Durchbruch verhalfen, brachten Wissenschaft und Technologie dem nördlichen Teil der Erde noch nie dagewesenen Wohlstand und dem vom Glück weniger begünstigten und dichter besiedelten Teil der Welt gleichzeitig die Hoffnung, eines Tages ebenfalls mit einem höheren Lebensstandard rechnen zu dürfen. Die friedliche Nutzung der Atomwissenschaft und -technologie ist für viele die aussichtsreichste Art und Weise, diese Erwartungen Wirklichkeit werden zu lassen. . . . Man setzt daher vielerorts große Hoffnungen in die Kernkraft als saubere und verläßliche Energiequelle, von der angenommen wird, daß sie auch wirksam und in großem Maßstab zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und der Nahrungsmittelversorgung . . . eingesetzt werden kann.«[9]

Es ist ein Urteil, welches eine von der IAEA eingesetzte Expertengruppe teilt, die sich im vergangenen Jahr mit dem Bedarf an Kernenergie in den Entwicklungsländern befaßte und der Mitglieder unter anderem aus Ägypten, Argentinien, Indien, Jugoslawien, Korea (Republik), Mexiko, Spanien und der Tschechoslowakei angehörten. Ihr Fazit:

»Es ist unzweifelhaft, daß es einen Bedarf an Kernenergie in vielen Entwicklungsländern gibt. Erfahrungen zeigen, daß der Kernenergiestrom in vielen Ländern mit anderen Energien wettbewerbsfähig ist, und daß die Kernenergie trotz der Unfälle von Three-Mile-Island und Tschernobyl eine erprobte und sichere Energie ist, verfügbar, um den wachsenden Strombedarf in den Industrie- sowie in den Entwicklungsländern bei minimaler Umweltbelastung zu decken.«[10]

Uns in den Industrieländern, die mit den harten Währungen auch noch die letzte Tonne Erdöl in der Welt aufkaufen könnten, fällt es leicht, über einen Ersatz für die Kernenergie zu fabulieren und dabei auch auf das Energiesparen zu setzen. Immerhin ist die industrialisierte Welt, in der gerade ein Drittel der Weltbevölkerung lebt, am Weltenergieverbrauch mit vier Fünfteln beteiligt. Für mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung, denen wir knappe 20vH der Energie überlassen, ist das jedoch kein Thema: Nicht die Verschwendung, sondern die Energie-Unterversorgung, der Mangel ist ihr Problem, der Mangel, der auch dreißig Jahre nach Gründung der Internationalen Atomenergie-Organisation wie ein unverrückbarer Felsbrocken auf dem Weg der wirtschaftlichen Entwicklung der Mehrzahl der Völker liegt.

Der momentane Energieüberfluß in den Industrieländern täuscht gefährlich über die tatsächliche Versorgungssituation hinweg. Ein Vergleich des Energieverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung in Europa und Asien macht auf drastische Weise deutlich, wie unterschiedlich die energiepolitischen Perspektiven zwischen der industrialisierten und der übrigen Welt sind. Die Westeuropäer verbrauchen pro Kopf sechsmal so viel Energie wie die Asiaten, von denen es aber zehnmal so viele gibt. Um den Lebensstandard der Westeuropäer zu erreichen, müßte rein rechnerisch der Energiebedarf Asiens um den Faktor 60 wachsen. Das wäre eine gewaltige Zunahme des Energieverbrauchs, gegen die all das verblaßt, was in den Industrieländern an Energie noch gespart werden könnte. Das Bild verschärft sich noch im Detail. Im Vergleich zum wohl fortgeschrittensten Schwellenland, zu Südkorea mit seinen mehr als 40 Millionen Einwohnern, beträgt der Pro-Kopf-Energieverbrauch der annähernd 800 Millionen Inder, der 170 Millionen Indonesier oder der 60 Millionen Philippiner nur ein Fünftel, der Pro-Kopf-Energieverbrauch von einer Milliarde Chinesen nur ein Drittel. Zu beachten ist bei den hier genannten Ländern, daß sie mit Gewalt zur Industrialisierung streben. Ihre seit Jahren überdurchschnittlichen Raten des Wirtschaftswachstums bezeugen das recht eindrucksvoll.

Dies aber sind nur Momentaufnahmen. Das überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt lassen sie unberücksichtigt. Doch statt heute fünf Milliarden werden im Jahre 2010 sieben Milliarden Menschen den Globus bevölkern. Das wird den Weltenergieverbrauch zusätzlich erhöhen, schon deshalb, weil die Nahrungsmittelproduktion noch einmal gewaltig gesteigert werden muß. Schon heute leiden 450 Millionen Menschen Hunger. Diese Zahl macht die Größe der Aufgabe deutlich, die nur durch verstärkte Düngung, durch verstärkten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und durch einen gewaltigen Ausbau der Bewässerung zu lösen ist, also Maßnahmen erfordert, die besonders energieintensiv sind. So wird der Weltenergieverbrauch bei vorsichtiger Rechnung von heute rund zehn Mrd auf etwa 17 bis 20 Mrd Tonnen Steinkohlen-Einheiten im Jahre 2010 steigen. Und das bedeutet, daß wir in den kommenden drei Jahrzehnten mehr an Energie verbrauchen werden als die Menschheit in den drei Jahrhunderten zuvor, also seit der Erfindung der Dampfmaschine. Und zur Einschätzung der Größenordnung des Betrages, der hier zur Diskussion steht: In den nächsten drei Jahrzehnten werden wir die Hälfte der heute bekannten Vorkommen an fossilen Energien verbrauchen. Aber nicht nur die Menge wird uns vor Schwierigkeiten stellen, sondern auch und gerade die Tatsache, daß der heutige Bedarf noch immer zu mehr als 40vH von einer Energie gedeckt wird, deren Vorkommen die kürzeste Reichweite haben: vom Öl nämlich. Und hier bestimmen die USA, die allein mit einem Viertel am Weltenergieverbrauch beteiligt sind, das Geschehen. Obschon sie über beträchtliche Energievorräte im eigenen Land verfügen, kaufen die Vereinigten Staaten ein Fünftel des Öls, das im freien Handel ist. Ihr Ölbedarf also diktiert den Ölpreis. Das Nachsehen hat allemal die Dritte Welt. Sie bleibt in ihrer Energieversorgung abhängig von dem, was in der Ersten Welt geschieht. Und das ist nicht gerade viel, wie die Abhängigkeit der Industrieländer vom Öl lehrt. Sie wird wieder größer statt kleiner.

ALTERNATIVENERGIEN KEINE ALTERNATIVE

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wenn die Dritte Welt an der Kernkraft festhält, sogar danach strebt, die Kernkraft als eigene Energiequelle ins Land zu holen, immer noch, wenngleich der Traum von der billigen Kernenergie längst verflogen ist. Doch sie ist verfügbar, was für die Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen noch nicht zutrifft. Die schlechten Erfahrungen, die mit den ersten Versuchen gemacht wurden, lassen viele Entwicklungsländer die alternativen Energietechniken vorsichtig bewerten, vorsichtiger als mancher in den Industrieländern es tut. So scheiterten in Indonesien Japaner wie Amerikaner mit ihrer Photovoltaik, also mit der direkten Umwandlung des Sonnenlichtes über Photozellen aus Silizium in elektrischen Strom. So machte Brasilien die bittere Erfahrung, daß mit dem schnell wachsenden Zuckerrohr als Quelle des Ölersatzes Äthanol aus einst fruchtbarem Boden Steppe und Wüstenland wurde. Und nicht ohne Auswirkungen blieben die dürftigen Ergebnisse des Versuchs Israels, einen nennenswerten Teil seines Energiebedarfs mit Solartechnik zu decken; herausgekommen sind nur ein paar Prozente. Und selbst in Burkina Faso, einem Land, das unter der Sonnenglut der afrikanischen Wüste leidet, ist der Strom aus Sonnenlicht teurer als der aus iranischem Öl, das rund um den afrikanischen Kontinent transportiert und dann mühsam ins Landesinnere geschafft werden muß. So kommt die von der IAEA eingesetzte Expertengruppe zur Prüfung der Energieversorgungslage der Dritten Welt bei der Bewertung erneuerbarer Energiequellen auch zu einem Ergebnis, das in der Ersten Welt eher für Überraschung sorgt als in der Dritten:

»Im Gegensatz zur ausgewiesenen Kernkraft erlauben die gegenwärtigen technischen und wirtschaftlichen Ungewißheiten bei der Sonnen- und Windenergie sowie bei den Biomassen kein Vertrauen darauf, daß sie in absehbarer Zeit größere Beiträge zur Stromerzeugung liefern können. Eine Rolle werden sie nur bei der Stromversorgung von Dörfern und von weit entfernt liegenden Gebieten spielen, die auch auf längere Sicht nicht an ein Stromversorgungsnetz angeschlossen werden können. Nur die Kernkraft mit der größtmöglichen Zuverlässigkeit und Sicherheit sowie die Kohle bei einem angemessenen Umweltschutz können in der Stromerzeugung das Öl zur allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der Dritten Welt ersetzen.«[11]

Es gibt aber noch einen anderen Grund für das nicht gerade ausgeprägte Interesse der Entwicklungsländer an den alternativen Energien. Es ist der sich verschärfende Trend zur Verstädterung in der Dritten Welt, der Strukturen des Energiebedarfs entstehen läßt, die denen in den Industrieländern recht nahekommen. So wird vor allem auch in der Dritten Welt der Bedarf an elektrischer Energie überdurchschnittlich wachsen, der Bedarf an einer Energieform, die bisher jedenfalls in vielen Ent-

wicklungsländern noch Luxus ist. So liegt der Stromverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Ägypten und Algerien im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland nur bei einem Fünfzehntel, in Indien gar nur bei einem Dreißigstel und in Indonesien bei einem kaum mehr vorstellbaren Einhundertvierzigstel. Da offenbart sich ein gewaltiger Rückstand, und es scheint unter den gegebenen Bedingungen, den wirtschaftlichen wie den ökologischen, nahezu unmöglich, ihn allein auf der Grundlage fossiler Brennstoffe verringern zu wollen, denn nur etwas mehr als ein Drittel der eingesetzten Energierohstoffe läßt sich in Strom umsetzen. Zwei Drittel also werden verschwendet und belasten mit Stickoxiden, Schwefeldioxid und saurem Kohlenstoff zusätzlich die Umwelt.

Wer will es den Entwicklungsländern bei dieser Bilanz nehmen, bessere Entwicklungsmöglichkeiten für die Kernenergie zu fordern, zumal sie sich hier mit der Weltenergiekonferenz und der IAEA treffen? Einige Entwicklungsländer, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten hinreichendes kerntechnisches Know-how haben erwerben können — wie Argentinien oder Indien, aber auch Brasilien — wittern nun sogar eine Chance, in Zukunft selbst Kerntechnik in die Dritte Welt zu exportieren, dem eher darniederliegenden Süd-Süd-Handel einen Impuls ganz besonderer Art zu geben. Sie stehen jedenfalls zum Sprung bereit, um zu besetzen, was die Industrieländer mehr und mehr geneigt sind unter dem Druck der öffentlichen Meinung aufzugeben: den Bau von Kernkraftwerken und kerntechnischen Anlagen. Argentinien hat bereits vier Versuchsreaktoren an Entwicklungsländer geliefert, an Algerien und Peru beispielsweise. Und Indiens Kerntechniker träumen bereits davon, der Bundesrepublik Deutschland in dreißig Jahren beim Wiedereinstieg in die Kerntechnik Hilfe zu leisten. Keine Frage: Selbstbewußt sind jene Entwicklungsländer geworden, die bereits mit der Kerntechnik umgehen. Es sind zehn Länder, deren Kernkraftwerke 3vH zur Weltstromerzeugung beitragen. Und nicht ohne Stolz verweisen sie darauf, daß von den schweren Unfällen nicht ihre Anlagen betroffen waren, sondern Anlagen in der Ersten Welt. Es gibt aber auch noch andere Gründe, die sie einen eigenen, unabhängigen kerntechnischen Weg verstärkt suchen lassen. Es ist dies der 1975 als Reaktion auf die Zündung der indischen Atombombe gegründete ›London Suppliers' Club‹, dessen Mitglieder — mehrere Industrieländer der westlichen Welt sowie die Sowjetunion und Iran — damals untereinander restriktivere Regeln für den Export kerntechnischer Anlagen vereinbarten, um einem militärischen Mißbrauch einen weiteren Riegel vorzuschieben. Diese Maßnahmen in Ergänzung zum auch als ›Atomwaffensperrvertrag‹ bekannten Nichtverbreitungsvertrag stießen auf herbe Kritik in der Dritten Welt. Sie sieht in der Londoner Vereinbarung ein Diktat der Industrieländer, das sich gegen ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung richtet.

Überall in ihren Stellungnahmen wird sie erkennbar, die große Hoffnung, die die Entwicklungsländer bei der Lösung ihrer drängendsten Probleme an die Fortentwicklung der Kernkraft geknüpft haben. Für sie ist sie nach wie vor ein Feuer der Hoffnung.

Doch ist die sich abzeichnende Entwicklung wünschenswert? Immerhin gehören zu den tonangebenden Ländern der Dritten Welt Indien, Brasilien und Argentinien (das inzwischen mit dem Bau einer Urananreicherungsanlage in eigener Regie den gesamten Brennstoffkreislauf beherrscht), Länder also, die dem Nichtverbreitungsvertrag nicht beigetreten sind.

SICHERHEIT OHNE ZUVERLÄSSIGKEIT

Und wie steht es mit der Lehre, die uns Three-Mile-Island und Tschernobyl erteilt haben, die Lehre, daß die Sicherheit der Kerntechnik in einem hohen Maße auch und gerade von der Zuverlässigkeit des Menschen abhängt? Ist es da verantwortbar, daß die Kernenergie in Ländern verstärkt ausgebaut wird, die noch wenig Erfahrung im Umgang mit komplexen großtechnischen Systemen haben, deren Bevölkerung, wie das brasilianische Drama mit der Cäsium-Bombe aufgezeigt hat, noch kaum eine Vorstellung von den Gefahren hat, die von der Kerntechnik ausgehen können?

Seit Jahren wird er in einem Atemzug mit Afghanistan genannt: Diego Cordovez (hier bei einer Pressekonferenz am Sitz der Vereinten Nationen im Januar). — Am 3. November 1935 in Quito geboren, studierte der Ecuadorianer Cordovez Rechts- und Politikwissenschaft und kam schon mit 23 Jahren an die Vertretung seines Landes in Chile. Seit 1963 ist er für die Weltorganisation tätig und wirkte unter anderem an der Vorbereitung der ersten Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD I) mit. Zwischen 1973 und 1978 war Cordovez Sekretär des Wirtschafts- und Sozialrats. Später wurde er mit verschiedenen Sondermissionen betraut; so war er Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für den Festlandsockelstreit zwischen Malta und Libyen und begleitete Olof Palme nach Irak und Iran. 1981 wurde er durch Generalsekretär Kurt Waldheim als Nachfolger von Javier Pérez de Cuéllar zum Untergeneralsekretär für besondere politische Fragen berufen. Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar ernannte ihn zu seinem persönlichen Beauftragten in Sachen Afghanistan.

Und was sagt die Lektion, die der Skandal um Transnuklear uns gab? Bei den aufgedeckten Kernbrennstoff-Schiebereien und dem Etikettenschwindel wurden zwar keine internationalen Verträge verletzt, dennoch bestätigen all diese Vorgänge einmal mehr, was seit langem schon vermutet wird — dies nämlich, daß die internationalen Sicherheitskontrollen keine verläßliche Gewähr gegen die Abzweigung von Spaltmaterial für militärische Zwecke bieten. Mit einer solchen Begründung hatte Israel seinerzeit die Zerstörung eines irakischen Forschungsreaktors gerechtfertigt[12], und es wußte, warum den internationalen Sicherheitskontrollen nicht zu trauen ist. Denn es hat selbst internationale Vereinbarungen unterlaufen, um sechste Atommacht zu werden. Obwohl Mitglied der Organisation, hat sich Israel den IAEA-Kontrollen dadurch entzogen, daß es dem Nichtverbreitungsvertrag nie beitrat. Und von wenig Wirkung scheinen auch die bilateralen Zusatzabkommen zu sein, die einige Länder mit den Empfängern ihrer Kerntechnik oder ihres nuklearen Brennstoffes abgeschlossen haben. Denn die Vorgänge um Transnuklear und Mol lehren, daß ein einfacher Etikettentausch genügt, um sich Verpflichtungen gegenüber Dritten doch zu entziehen. So hat Australien angekündigt, daß es seine Verträge überprüft, die es mit den Empfängern seines Urans unabhängig

von der unter den Nichtverbreitungsvertrag gesetzten Unterschrift schließt.
1990 findet die vierte Überprüfungskonferenz dieses ›Atomwaffensperrvertrages‹ statt, der vorläufig bis 1995 befristet ist. Bis dahin wird sich der Kreis der Länder, die Kernkraftwerke betreiben, noch vergrößern. Wie groß er 1995 sein wird, das ist im wesentlichen abhängig davon, wie sich die finanzielle Situation der Entwicklungsländer bessern wird. Zur Zeit jedenfalls ist der Geldmangel die entscheidende Bremse des Ausbaus der Kernkraft.
Es gibt also viele Gründe dafür, daß sich die Staatengemeinschaft, daß sich ihr Forum, die UNO, der künftigen Rolle der Kernenergie kritisch annimmt. Es geht nicht an, daß die IAEA einerseits ihre Anstrengungen verstärkt, um den Beitrag der Atomenergie zu beschleunigen und zu steigern, andererseits aber mit dem Hinweis auf ihre begrenzten Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle lapidar erklärt, daß sie keine internationale Nuklearpolizei sei. Dieser Einstellung wird man entgegenhalten müssen, daß Sorglosigkeit gegenüber den Möglichkeiten des militärischen Mißbrauchs nicht weniger sträflich ist als die Sorglosigkeit, mit der heute die Menschen in den Industrieländern sich innerlich von der Kernkraft verabschieden und damit — auf mittlere Sicht gesehen — den Druck auf viele Länder der Dritten Welt verstärken, eine Energiequelle zu nutzen, deren hohen Anforderungen sie noch nicht entsprechen können. Der Pfad, der hier beschritten wird, führt direkt zu einem erhöhten nuklearen Risiko, das durch die verstärkten Anstrengungen der IAEA, die Sicherheitsstandards zu verbessern und international zu vereinheitlichen, kaum gemindert wird.
Es gilt auch und gerade auf dem Hintergrund der bislang noch ungelösten Entsorgung eine Erkenntnis in Erinnerung zu rufen, die die internationale Konferenz zur Bewertung des Brennstoffkreislaufes unter Mitwirkung der Entwicklungsländer 1980 in ihr Schlußprotokoll setzte. Sie lautet:

»Das Proliferationsrisiko kann durch den Betrieb von Wiederaufbereitungsanlagen auf multinationaler Basis, durch die Schaffung von regionalen Brennstoff-Zentren unter Verwaltung der Internationalen Atomenergie-Organisation oder durch die Errichtung einer Internationalen Kernenergie-Behörde vermindert werden.«[13]

Zur Wiederaufnahme dieses Gedankens gibt es wahrlich reichlich Anlaß. Schließlich geht es nicht nur darum, den Betrieb von Kernkraftwerken sicherer zu machen, sondern auch den Brennstoffkreislauf besser als bisher vor Mißbrauch zu sichern.

Anmerkungen

1 Die im Gefolge einer Initiative des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower aus dem Jahre 1953 gegründete IAEA (International Atomic Energy Agency) ist eine autonome Organisation innerhalb des Verbandes der Vereinten Nationen, keine Sonderorganisation. Die IAEA hat direkten Zugang zur Generalversammlung und auch zum Sicherheitsrat; damit »kommt der Status der IAEA dem eines Hilfsorgans der Vereinten Nationen nahe« (Rudolf Rometsch, Stichwortbeitrag ›IAEA‹ in: Wolfrum/Prill/Brückner (Hrsg.), Handbuch Vereinte Nationen, München 1977, S.171).
2 Resolution 41/36 der Generalversammlung v.2.11.1986; Text: VN 1/1987 S.33f. — Auch in der jüngsten einschlägigen Entschließung, der Resolution 42/6 v.20.10.1987, findet sich der gleichlautende Hinweis auf den »besonderen Bedarf« der Entwicklungsländer.
3 VN 2/1986 S.77. — Siehe auch Norbert J. Prill, Die Nichtverbreitungspolitik — ein Fehlschlag? Der ›Atomwaffensperrvertrag‹ vor der zweiten Überprüfungskonferenz, VN 1/1980 S.3ff., sowie VN 5/1980 S.179f. Text des Vertrages: VN 4/1968 S.128ff.
4 Auf Tschernobyl hatte die IAEA mit der Ausarbeitung der ›Konvention über die frühzeitige Information bei kerntechnischen Unfällen‹ sowie der ›Konvention über Hilfeleistung bei kerntechnischen Unfällen oder radiologischen Notfällen‹ reagiert; sie wurden auf der ersten Sondertagung ihrer Generalkonferenz im September 1986 verabschiedet. Die rasche Reaktion täuscht freilich nicht darüber hinweg, daß hier lediglich die Mechanismen der Schadensbegrenzung verbessert werden sollen.
5 Hans Blix, The post-Chernobyl outlook for nuclear power, in: IAEA-Bulletin, Vol.28 No.3 (Herbst 1986), S.9ff.
6 Vgl. A. Petrosyants, The Soviet Union and the development of nuclear power, in: IAEA-Bulletin (Anm.5), S.5ff.
7 Vgl. VN 5/1981 S.169f.
8 Die Konferenz konnte allerdings keine Einigung über allgemein akzeptierte Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie erzielen. Vgl. VN 4/1987 S.138f.
9 UN-Pressemitteilung (Wien) UNIS/FACTS/101 v.3.11.1986.
10 Promotion and Financing of Nuclear Power Programmes in Developing Countries. Report to the IAEA by a Senior Expert Group, Wien 1987.
11 Siehe Anm.10.
12 Vgl. VN 5/1981 S.167f.
13 Zitiert nach: Hans Michaelis, Handbuch der Kernenergie, Bd.2, Düsseldorf 1986, S.1131.

Zwist in und um Kambodscha

Bedingungen und Aussichten einer Lösung unter Mitwirkung der Vereinten Nationen

PETER SCHIER

Seit der vietnamesischen Invasion in Kambodscha[1] Ende 1978[2] verurteilt eine jährlich wachsende Mehrheit von UN-Mitgliedstaaten in der Generalversammlung in einer Resolution zur ›Lage in Kambodscha‹ den Einmarsch und die andauernde Besetzung des Landes durch ausländische Streitkräfte; sie verlangt alljährlich den Abzug der Besatzer im Rahmen einer »umfassenden politischen Lösung« des Problems. 1987 stimmten 117 von 159 Mitgliedstaaten für eine entsprechende Entschließung[3]. Doch wie zuvor verurteilte Vietnam die Kambodscha-Resolution unter anderem als »ungerecht«[4], »falsch und einseitig« und bekräftigte seinen langjährigen Standpunkt, »daß das Kambodscha-Problem außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen gelöst werden wird«[5].

1. Bedingungen für eine Lösung

Um die grundlegenden Bedingungen für eine dauerhafte Lösung des Kambodscha-Konflikts bestimmen zu können, erscheint zunächst eine Analyse der folgenden fünf Kernfragen notwendig:

1. der historischen Erfahrungen im Zusammenhang mit diesem Konflikt,
2. des Charakters des Konflikts,
3. des besonderen Problems nationaler Aussöhnung und nationaler Selbstbestimmung in Kambodscha,
4. des militärischen Kräfteverhältnisses auf dem kambodschanischen Schlachtfeld und der Situation in Kambodscha sowie
5. der Interessen der verschiedenen Konfliktparteien.

1.1. Historische Erfahrungen

Die Wurzeln des Konflikts in und um Kambodscha reichen zurück bis in das 17. Jahrhundert, als Thailand (damals Siam) und Vietnam begannen, um die Oberherrschaft über Kambodscha zu konkurrieren. Im Zusammenhang mit der Suche nach einer dauerhaften Lösung des Konflikts sind drei grundlegende historische Erfahrungen zu berücksichtigen:

- Jedesmal, wenn Vietnam Kambodscha teilweise oder vollständig eroberte, geriet es in einen schwerwiegenden Konflikt mit Thailand um die Kontrolle über Kambodscha. Gleiches galt umgekehrt für thailändische Eroberungsfeldzüge ins Land der Khmer.
- Ein Konflikt in und um Kambodscha brach immer dann aus, wenn sich die kambodschanische Elite spaltete und wenn sich die bekämpfenden Khmer-Gruppierungen jeweils der ausländischen Hilfe Vietnams auf der einen Seite und Thailands auf der anderen bedienten, um ihre intraelitären Konflikte auszutragen.
- Ein Konflikt in und um Kambodscha ereignete sich immer dann, wenn die kambodschanische Führung eine einseitige Außenpolitik, also keine Politik der Äquidistanz gegenüber Viet-